

# Stadt Heidelberg

AntragNr.:  
**0122/2023/AN**

Antragsteller: SPD, Grüne, CDU, LINKE  
Antragsdatum: 30.11.2023

Federführung:  
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

**Niederschwelliges Meldeportal für Belästigungen,  
Catcalling und weitere sexualisierte Übergriffe**

## Antrag

### Beschluslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen  
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 27. März 2024

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	14.12.2023	Ö		
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	21.03.2024	Ö		
Gemeinderat	02.05.2024	Ö		

**Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1**

## **Sitzung des Gemeinderates vom 14.12.2023**

**Ergebnis:** verwiesen in die Ausschüsse

## **Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 21.03.2024**

**Ergebnis:** behandelt

## Antrag Nr.: 0122/2023/AN

Abbildung des Antrages:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen,  
CDU und DIE LINKE

**Herrn Oberbürgermeister  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Rathaus  
69117 Heidelberg**

---

27.03.2024

### **Tagesordnungspunkt Gemeinderat**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderats beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

### **Niederschwelliges Meldeportal für Belästigungen, Catcalling und weitere sexualisierte Übergriffe**

Die Digitalagentur wird gebeten,

- ein Meldeportal zu erstellen, in welchem niedrigschwellig Belästigungen, Catcalling und andere (sexualisierte) Übergriffe im öffentlichen Raum gemeldet und dokumentiert werden können.
- die Ergebnisse in die Erstellung des Sicherheitskonzepts mit einfließen zu lassen.

**Begründung:**

Durch niederschwellige Portale sollen Frauen ermutigt werden, Meldungen von Belästigungen und weitere sexualisierte Übergriffe so schnell wie möglich nach dem Übergriff zu machen. Dabei sollen die Meldungen evaluiert werden und die Ergebnisse entsprechend in die Erarbeitung des Sicherheitskonzeptes mit einfließen.

**gezeichnet Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
gezeichnet CDU-Fraktion,  
gezeichnet SPD-Fraktion,  
gezeichnet Fraktion DIE LINKE**